DIE LINKE.
BRANDENBURG

Landesvorstand Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Telefon 0331 / 20 00 9-0
Telefax 0331 / 20 00 9-10

info@dielinke-brandenburg.de
www.dielinke-brandenburg.de

Deutsche Bank
Konto-Nr. 309 191 500
BLZ 120 700 24

DIE LINKE. BRANDENBURG, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

CDU Brandenburg
Die Vorsitzende
Dr. Saskia Ludwig
Gregor-Mendel-Straße 3

14469 Potsdam

Potsdam, 17.01.2012

Sehr geehrte Frau Dr. Ludwig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. Januar 2012. Ich begrüße jede Initiative, die zur Verbesserung des Lärmschutzes der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner am künftigen Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) beiträgt.
Intensive Diskussionen finden bereits in zahlreichen Kommissionen und anderen Gremien dazu statt. Ich erinnere an die Lärmschutzkommission, an die verschiedenen Dialogformen, in die wir uns engagiert einbringen.
Ein runder Tisch kann durchaus eine weitere Möglichkeit zur Erörterung der Probleme sein, allerdings geht es nunmehr weniger um weitere Debatten, sondern vor allem um Lösungen. Der Erfolg eines runden Tisches in diesem Sinne ist maßgeblich davon abhängig, inwieweit die tatsächlichen Entscheidungsträger an ihm teilnehmen. Ansonsten wecken seine Ergebnisse Hoffnungen, die dann nicht erfüllt werden können und für neuen Unmut sorgen.

Deshalb sind Sie sicher mit mir einer Meinung, dass an einem solchen runden Tisch unbedingt die Vertreter der Bundesregierung und auch der Berliner Landesregierung sowie Verantwortliche des Luftfahrt-Bundesamtes anwesend sein müssten. Der Streit um die Veröffentlichung des Gutachten des Bundesumweltamtes offenbarte erneut, dass es auf Ebene des Bundes deutliche Meinungsunterschiede bei diesem Thema gibt.

Sicher wäre es verdienstvoll, wenn es Ihnen als Parteivorstandsmitglied der auf Bundesebene regierenden Union gelingen würde, die entsprechenden Regierungsvertreter für einen solchen runden Tisch zu gewinnen und deren Teilnahme zu sichern. Gerne rede ich mit denen in meiner Fraktion verantwortlichen Abgeordneten.
Sollten es zu einem solchen Treffen kommen, wäre es notwendig, beispielsweise über eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes zu reden, mit dem Ziel, bei der Festlegung von Verfahren zur Abwicklung des Luftverkehrs nach der Sicherheit dem nächtlichen Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen einzuräumen. Dazu liegen im Bundestag und im Bundesrat gleichlautende Anträge von Linkspartei und SPD vor.

Bisher haben wir seitens der Bundesregierung jedoch keine Signale, dass ein solches Vorhaben Unterstützung erhalten würde. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die aktuellen Koalitionsverträge in der Hauptstadt und im Bund. Aus den folgenden Auszügen wird m. E. die eher gegensätzliche Haltung erkennbar.

Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Berliner Landesregierung:

„Sie ist sich einig, dass ein Ausbau des Flughafens bei zusätzlichem Verkehrsaufkommen notwendig ist. Der Flughafen muss als internationales Drehkreuz wirtschaftlich und leistungsfähig sein. Im Rahmen dessen will die Koalition den Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger wahren. Dazu gehört eine schnelle und unbürokratische Bearbeitung der Anträge auf Lärmschutzmaßnahmen. Die Koalition setzt sich für eine ernsthafte Prüfung von Alternativrouten jenseits der Müggelseeroute ein. Dies schließt die Prüfung der Routen nördlich und südlich von Gosen unter Wahrung der Sicherheitsaspekte ein."

Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung.

„Die Koalition ist sich der großen Bedeutung der Luftverkehrswirtschaft für den Standort Deutschland bewusst. Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der `Initiative Luftverkehr´ als übergreifendes Steuerungsinstrument fortsetzen und die Länder daran beteiligen. Wir werden uns für einen koordinierten Ausbau der Flughafeninfrastruktur einsetzen. Neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen werden wir insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen. Die dazu erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz soll eine gleichberechtigte und konsequente Nachhaltigkeitsabwägung von wirtschaftlichen, betrieblichen und dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen sicherstellen. Die Wahrung des öffentlichen Erschließungsinteresses der Bundesrepublik Deutschland ist dabei zu gewährleisten."

Gestatten Sie mir noch zwei Hinweise.

1. Die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack arbeitet intensiv in Abstimmung mit den anderen Ministerien an Lösungen für die Betroffenen.

2. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass „die falsche Standortentscheidung wir alle zu verantworten" haben. Die PDS hat sich in langen und intensiven Debatten stets für den Alternativstandort Sperenberg eingesetzt. Die politischen Mehrheiten - maßgeblich geprägt durch die CDU - waren in der Vergangenheit jedoch andere.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Nord

_____

Thomas Nord
Landesvorsitzender